
Peter Glotz: Wer gefährdet die Einheitsgewerkschaft?

Dr. Peter Glotz, geb. 1939 in Eger/Böhmen, ist Bundesgeschäftsführer der SPD.

Der Grundgedanke der Einheitsgewerkschaft

Der Grundgedanke der Einheitsgewerkschaft ist: Die Organisationen der Arbeitnehmer sollen möglichst umfassend und möglichst einheitlich-möglichst wenig durch sachlich nicht gebotene organisatorische Trennungen behindert - aufgebaut sein. Ihr politisches Ziel und logisch-inhaltliches Zentrum soll die Vertretung der gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer sein. Dieses historisch gewachsene Prinzip hat zwei Gründe:

- Die Auseinandersetzung mit der Kapitaleseite erfordert eine möglichst geschlossene Gegenmacht; die historische Erfahrung zeigt, daß die Unternehmer/Arbeitgeber, über alle sonstigen Fraktionierungen hinaus, in entscheidenden Situationen zusammenstehen.
- Eine organisatorische Differenzierung über die Arbeitnehmerinteressen hinaus (wie immer diese gefaßt seien; sie werden zu Recht zunehmend weiter, politischer gefaßt), etwa entlang politischer Programme oder gar

politischer Parteien, schwächt eher und trägt unnötige zusätzliche Auseinandersetzung in die Gewerkschaftsorganisation hinein. Die Gewerkschaften sollen daher von Parteien unabhängig sein.

Dieses Verständnis von Einheitsgewerkschaft ist übrigens, nicht weniger als die Gewerkschaften selbst, in der Tradition der Arbeiterbewegung entstanden; es war schon Anfang des Jahrhunderts Überzeugung der SPD. August Bebel hat es, als das Mannheimer Abkommen von 1906 die „Entlassung“ der Gewerkschaftsbewegung in die Unabhängigkeit und damit gleichsam die Selbstbegründung der Gewerkschaften als unabhängige Organisationen festlegte, in verblüffend aktuellen Formulierungen so ausgedrückt: „Ich habe niemals die Neutralität der Gewerkschaften in politischen Fragen vertreten, sondern nur gesagt, daß die Gewerkschaften sich nicht als Anhängsel einer politischen Partei betrachten dürfen, weil sie genötigt sind, alle Arbeiter in ihre Mitte aufzunehmen und diese Aufnahme nicht von einem politischen Glaubensbekenntnis abhängig machen dürfen.“

Nach der Befreiung von Hitler wurde - durch die Konstituierung der Einzelgewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes - das Prinzip der Einheitsgewerkschaft weitestgehend verwirklicht. Praktisch hieß das vor allem, daß das Potential der früheren christlichen Gewerkschaften in die gemeinsame Organisation eingebracht werden konnte. Die neugegründete CDU stimmte dem ausdrücklich zu; die Sozialdemokraten ohnehin.

Zwar verhinderten die aus der alten Zentrumsparterie kommenden Führer der CDU, daß die große antifaschistisch-sozialistische Volkspartei, die Gewerkschafter wie Jakob Kaiser im Sinne hatten, zustandekam. Aber den neuen Gewerkschaftsbund, die Einheitsgewerkschaft, hat gerade Adenauer weit verantwortungsbewußter, mit weit mehr Einsicht in die gesellschaftlichen Grundlagen der neuen Republik behandelt als die jetzige CDU-Führung es tut; sein Umgang mit Hans Böckler beweist es. Und die deutschen Gewerkschaften haben die christlichen Demokraten in ihren Reihen stets an der Verantwortung beteiligt: und sie haben sie, als jene von ihrer eigenen Partei in Gewissensnöte gebracht wurden, geschützt und hervorgehoben (so insbesondere auf dem diesjährigen DGB-Bundeskongreß).

Einheitsgewerkschaft in der Diskussion

Die Diskussion um die Einheitsgewerkschaft hat sich neuerdings sehr erhitzt. Die Union und der größte Teil der bürgerlichen Presse wirft den Gewerkschaften vor, sie gefährdeten die Einheitsgewerkschaft, denn sie nähmen gegen die Regierung (ja gegen „den Staat“) Partei und machten sich zum politischen, ja zum Wahlhelfer der Sozialdemokratie. Diese - zweifellos konzertierte - Kampagne arbeitet mit folgenden Argumentationsmustern (die sicher bei den Gewerkschaften nicht verfangen, die aber auf die Wählerschaft Eindruck machen sollen):

Man warnt die Gewerkschaften davor, sich gegen „den Staat zu stellen“, damit sie sich nicht gegen die Regierung stellen; man verpflichtet die Gewerkschaften warnend zu parteipolitischer Neutralität, damit sie nicht weiter die Koalitionsparteien kritisieren können; man ruft „Rettet die Einheitsgewerkschaft!“, damit aus dem Gebot parteipolitischer Neutralität politische Abstinenz werde. Hinzugefügt wird, gelegentlich und wohl dosiert, die Drohung mit einem Verbändegesetz, um den Gewerkschaften „demokratische Verhaltensweisen vorzuschreiben“.

Zur Klärung dieser Vorwürfe auf der theoretischen oder grundsätzlichen Ebene möchte ich folgende Aspekte ansprechen:

a) Zum *Problemkomplex Gewerkschaften, Regierung und Staat* hat Bundespräsident von Weizsäcker in seiner Rede vor dem DGB-Bundeskongreß im vergangenen Mai - einer grundsätzlichen Rede, die man angesichts der heutigen Situation jedermann zur Lektüre empfehlen darf - unter anderem ausgeführt: „Unbequeme Gewerkschaften und freiheitliche Demokratie brauchen sich gegenseitig, sie gehören zusammen. Wer Freiheit will, muß Unbequemlichkeit ertragen. Wer Gewerkschaften will, muß für Freiheit eintreten. Wenn also bei uns sich Gewerkschaften mit der jeweiligen Regierung kritisch auseinandersetzen, so ist das ihr allerbestes Recht __ Eine politische Partei oder Koalition hat keine Veranlassung, sich wegen ihres Regierungsmandats mit dem Staat zu verwechseln. Meine Damen und Herren, das geschieht auch nicht. Anderenfalls würde sie die Gewerkschaften dazu zwingen, die legitime Auseinandersetzung mit der Regierung zum Kampf gegen den Staat werden zu lassen. Gewerkschaften ihrerseits dürfen ihre freie und unabhängige Rolle im Staat nicht gefährden. Der Staat gewährleistet ihnen den Freiraum zum Streit. Ein Kampf gegen Staat und Recht aber würde am Ende nur ihre eigene Freiheit bedrohen.“

b) Zur *Forderung nach politischer Neutralität* ist an den folgenden Satz zu erinnern, der im Kern bis auf August Bebel zurückgeht und der von den Gewerkschaften derzeit mit Recht immer und immer wieder formuliert wird: „Die Gewerkschaften sind parteipolitisch unabhängig, aber *nicht politisch neutral*. „ Ganz im Gegenteil, möchte ich hinzufügen: Das Mandat der Gewerkschaften ist *hochpolitisch*; es geht weit über etwa die bloße betriebliche Vertretung von Arbeitnehmerinteressen hinaus und schließt - wie auch die vergangenen Jahrzehnte belegen - Sicherheitspolitik oder Gesellschaftspolitik ein; und ich bin der festen Überzeugung, daß die Gewerkschaften in einer Zeit, in der die Arbeitnehmer sich zunehmend weniger von materieller Interessenvertretung *allein* leiten lassen können, weil ihre objektive Lage verschieden ist, selbst auch Zug um Zug noch politischer werden müssen.

Es ist eine vollkommene Verdrehung und Verkennung der gewerkschaftlichen Aufgaben in unserer Gesellschaft, aus dem Prinzip der parteipolitischen Unabhängigkeit politische Neutralität oder eine Beschränkung des politischen Mandats abzuleiten. Ernst Breit hat dies unlängst (in seinem Brief an

Norbert Blüm vom vergangenen Mai) pointiert ausgedrückt: „Der DGB und seine Gewerkschaften haben die Verpflichtung, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, und zwar unabhängig davon, was die Parteien tun oder lassen. Die Einheitsgewerkschaft ist kein Schiedsrichter zwischen den verschiedenen Parteien, sie ist nicht neutral. Die Einheitsgewerkschaft ist keine öffentlich-rechtliche Veranstaltung, sie ist nicht ausgewogen. Die Einheitsgewerkschaft ist kein privater Freizeitverein, sie ist nicht unpolitisch.“

c) An dieser Stelle kommt regelmäßig der *Vorwurf, die Gewerkschaften mißbrauchten ihr inhaltlich-politisches Mandat* dazu, das Geschäft der SPD zu betreiben. Gerade auf grundsätzlich-theoretischer Ebene ist dagegen festzuhalten, daß die Gewerkschaften in Wahrnehmung dieses Mandats sich gar nicht zu kümmern brauchen, mit welcher Partei sie dabei in inhaltliche Übereinstimmung geraten. Professor Oswald von Nell-Breuning, gewiß eine Instanz in theoretischen Fragen wie diesen, hat das vor einigen Jahren grundsätzlich erläutert: „Im Verhältnis zu den politischen Parteien befindet sich die Einheitsgewerkschaft - so befremdlich das klingen mag - in ganz ähnlicher Lage wie die Kirche. Weder die Kirche noch die Gewerkschaft bestimmt, wie nahe oder fern ihr eine politische Partei steht, sondern die politischen Parteien sind es, die bestimmen, wie nahe oder fern *sie* hier der Kirche, dort den Gewerkschaften stehen.“

Kampagne mit denunziatorischer Absicht

Dies sind grundsätzlich-theoretische Erwägungen. Ich stehe nicht im Verdacht, solche Debatten gering zu schätzen; und sie müssen auch geführt werden. Nur muß klar sein, daß die theoretische Auseinandersetzung um die Einheitsgewerkschaft heute in einem doppelten Kontext steht: Sie wird von der Gegenseite als Kampagne mit denunziatorischer Absicht geführt (nämlich um die Gewerkschaften als politisch einseitig und als Helfershelfer der SPD zu brandmarken); und sie wird den Gewerkschaften aufgedreht (nämlich um ihre Positionsnahme als illegitim in Verruf zu bringen). Dagegen hilft nur die Offensive. Wir sollten klarstellen, warum es zu einer schwer heilbaren Entfremdung zwischen den Parteien der gegenwärtig regierenden Koalition und den Gewerkschaften gekommen ist: weil diese Parteien sich gewerkschaftlichen Grundforderungen verschließen; *und* weil sie die Gewerkschaften selbst angreifen und schwächen wollen.

Zum ersten Punkt mache ich es mir einfach. Ich zitiere den Bundeskanzler: „Liebe Freunde, bei dem Thema Arbeitslosigkeit sollten wir uns davor hüten, wie gebannt auf die Marke von zwei Millionen Arbeitslosen zu schauen. Ich will die Statistik nicht in Zweifel ziehen, aber ich halte es für richtig, über dieses Thema nach der nächsten Bundestagswahl zu diskutieren und möglicherweise Veränderungen vorzunehmen. . . . Denn machen wir uns keine Illusionen. Ich glaube nicht an die große Solidarität der Arbeitsplatzbesitzenden mit den Arbeitsplatzsuchenden.“

Der hier zutage tretende Zynismus, der alle Sonntagsreden über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als oberste Aufgabe dementiert, und der ziemlich unverhüllt die Zweidrittel-Gesellschaft als Strategie proklamiert, *muß* einen Grundsatzkonflikt mit den Gewerkschaften hervorrufen - anderenfalls verrietten sie ihr eigenes Mandat. Sie müssen sich also für diesen Konflikt nicht entschuldigen; im Gegenteil.

Wir haben es mit einer zielstrebigen und einigermaßen systematischen Strategie der Koalitionsparteien zu tun, die Gewerkschaften zu *schwächen*; durch einseitige Parteinahme gegen sie, durch öffentliche Demütigung, materiell sowie durch Gesetzgebungsmaßnahmen. Die wichtigsten Stationen dieser Strategie sind:

- die offene Parteinahme gegen die Gewerkschaften in Sachen Arbeitszeitverkürzung („absurd, dumm und töricht“); nie - auch unter Adenauer nicht - hat eine Bundesregierung so einseitig für die Position der Arbeitgeberseite Partei ergriffen;
- der Versuch, die Streikfähigkeit beziehungsweise die Streikkasse der Gewerkschaften durch die Änderung des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz anzugreifen;
- der Versuch, durch die Verweigerung jeglicher öffentlicher Hilfe für den Baukonzern „Neue Heimat“ die Gewerkschaften über Geld zu schwächen und damit um ihre Streikfähigkeit zu bringen;
- vielfältige Versuche, den Tarifvertrag als zentrales Instrument auszuhöheln; etwa durch Versuche, einzustellende Arbeitslose oder Arbeitnehmer in bestimmten Regionen aus den tarifvertraglichen Regelungen herauszunehmen (dagegen Richard von Weizsäcker: „Im Interesse aller muß der Tarifvertrag auch in Zukunft eine entscheidende Grundlage für die Lösung unserer Aufgaben bleiben“);
- ständige gezielte Drohungen mit einem Verbändegesetz (Ich zitiere hierzu Graf Lambsdorff, der die Abstimmung über den Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz mit Nazi- oder Kommunisten-Technik vergleicht und dann sagt: „Ob solche Aktionen auf Dauer zugelassen werden können, muß man wirklich überlegen. Wenn die Gewerkschaften diese Art der Politik fortsetzen und sich nicht mehr an die demokratischen Spielregeln halten, werden sie den Gesetzgeber zwingen, ihnen durch ein Verbände-Gesetz ein Mindestmaß an innerorganisatorischen demokratischen Verhaltensweisen vorzuschreiben. Wie es scheint, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, über eine gesetzliche Grundlage für Gewerkschaften und andere Großorganisationen nachzudenken.“);
- die - erklärtermaßen nur aus taktischen Gründen auf die kommende Legislaturperiode verschobene - Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes mit dem Ziel, Splittergruppen in Betriebsvertretungen zu begünstigen und damit die Vertretungsmacht der Gewerkschaften zu schwächen.

Das sind nur die wichtigsten Stationen. Flankierende Bemühungen, wie etwa die immer wieder vorgetragene Theorie, Gewerkschaften seien Organi-

sationen von gestern, die keine Zukunft hätten und so weiter, zähle ich gar nicht auf.

Das ist der Kontext, in dem auch die künstlich erzeugte Debatte um die Einheitsgewerkschaft zu sehen ist. Die publizistische Seite der antigewerkschaftlichen Strategie soll den Menschen suggerieren: „Die Gewerkschaften sind ein Interessenklüngel mit Dreck am Stecken“. Die Debatte um die Einheitsgewerkschaft soll dem hinzufügen „. . . deren politisches Mandat überdies illegitim ist“.

Die Arbeitnehmerorganisationen sollen ins Gerede gebracht werden, möglichst auch bei den eigenen Mitgliedern. Mit den Vorgängen um die „Neue Heimat“ haben sich die Gewerkschaften leider selbst auch noch ins Gerede gebracht. Diese Dinge müssen bereinigt werden. Die Gewerkschaften müssen zu ihrem vollen Selbstbewußtsein zurückfinden; um sich zu wehren und um die Öffentlichkeit aufzuklären, daß die gegenwärtig Regierenden das soziale Gleichgewicht zu Lasten der Arbeitnehmer aus dem Lot bringen wollen.

Die Debatte um die Gefährdung der Einheitsgewerkschaft aber sollte mit einer harten Antwort abgeschlossen werden: Die Einheitsgewerkschaft wird von jenen Parteiführern gefährdet, die durch ihre antigewerkschaftliche Kampagne die Mitglieder ihrer eigenen Partei in den Gewerkschaften dazu treiben, ihre Parteibücher zu verleugnen oder zu verstecken.